

**Nunkirchen. Der Ortsrat**



## **Niederschrift 1/2016**

### **der Sitzung des Orsrates Nunkirchen**

**Datum: 27. April 2016**

**Beginn: 19.00 Uhr**

**Ende: 20.55 Uhr**

**Ort: Saalbau Nunkirchen**

**Anwesend:**

Ortsvorsteher Frank Hiry

*Die Mitglieder des Orsrats:*

Pia Dillschneider

Stefan Ehl

Axel Engel

Jürgen Kreuder

Patrizia Mötzel

Doris Reinhard

Jens Rödel

Klaus Lillig

Georg Meyer

Peter Schneider

*Die Mitglieder des Stadtrats:*

Bernd Theobald (ab Top 3)

Gabi Kirsch (ab Top 3)

Andreas Münster (ab Top 3)

Georg Lauer (ab Top 3)

Siegfried Gruber

Christian Ritz

Gerd Schillo (Top 5-7)

zu Top 7:

*Die Mitarbeiterin der Stadtverwaltung:*

Petra Dewald

*Die Leiterin der Grundschule Nunkirchen:*

Birgit Schmidt

**Verhandelt, Nunkirchen, 27. April 2016**

Ortsvorsteher Frank Hiry eröffnet die Sitzung des Orsrates Nunkirchen. Er stellt fest, dass mit Schreiben vom 17. April 2016 ordnungsgemäß zur Sitzung des Orsrates eingeladen wurde und dass die Einladung entsprechend den Bestimmungen des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes des Saarlandes in der Ausgabe Nr. 16/2016 des Amtlichen Bekanntmachungsblattes veröffentlicht war. Er konstatiert die Beschlussfähigkeit des Orsrates. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Vor Eintritt in die Tagesordnung

beantragt der Ortsvorsteher die Aufnahme von zwei weiteren Tagesordnungspunkten: als neuer Top 4) Antrag des Obst- und Gartenbauvereines auf Errichtung eines Achteck-Pavillons' und als neuer Top 5) Stellungnahme des Ortsrates Nunkirchen zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030. Die Ortsratsmitglieder haben vorab Informationen zu den beiden Punkten erhalten. Nach einstimmiger Beschlussfassung über die Aufnahme der beiden Punkte stellt der Ortsvorsteher fest, dass auch gegen die Form der Einladung keine Einwände erhoben werden.

Somit ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

### **Öffentliche Sitzung**

- 1) Beratung und Beschlussfassung zur Benennung einer bzw. eines Seniorenbeauftragten für Münchweiler und Nunkirchen
- 2) Stellungnahme des Ortsrates Nunkirchen zum Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes 2015/2016 der Stadt Wadern
- 3) Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der Malteser Jugend auf Vereinsförderung
- 4) Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag des Obst- und Gartenbauvereines auf Errichtung eines Achteck-Pavillons
- 5) Stellungnahme des Ortsrates Nunkirchen zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes
- 6) Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion im Ortsrat auf Ergänzung der Straßenbeleuchtung in der Straße 'Am Galgenberg'
- 7) Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion im Ortsrat zum Standortkonzept der Grundschule Nunkirchen
- 8) Informationen des Ortsvorstehers
- 9) Fragen der Bürgerinnen und Bürger

## **Beschlüsse**

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Beratung und Beschlussfassung zur Benennung einer bzw. eines Seniorenbeauftragten für Münchweiler und Nunkirchen**

Im Stadtrat Wadern wurde beschlossen, dass in den einzelnen Stadtteilen Seniorenbeauftragte etabliert werden sollen, die die Belange der älteren Menschen im Ort vertreten sollen. Darüber hinaus bilden die Seniorenbeauftragten der einzelnen Stadtteile dann auch den Seniorenrat auf Gesamtstadtebene. Nach den Aufrufen des Ortsvorstehers im Amtsblatt, zuletzt Anfang März 2016 hat sich Frau Martina Karl bereit erklärt, diese Aufgabe in Nunkirchen zu übernehmen. Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit als AHB-Beraterin bringt sie ein hohes Maß an Grundverständnis für die Belange älterer Menschen mit, sie ist im Ort bekannt und präsent und somit bestens geeignet, als Ansprechpartnerin für die Seniorinnen und Senioren in Nunkirchen und Münchweiler zu fungieren. Frank Hiry begrüßt dieses Engagement und schlägt vor, Martina Karl als Seniorenbeauftragte zu benennen. Martina Karl stellt sich kurz vor. Aus ihrer beruflichen Tätigkeit heraus ist sie mit den Themen der Seniorinnen und Senioren sehr vertraut, darüber hinaus ist sie in Nunkirchen sehr bekannt. Sie sieht sich in der Funktion der Seniorenbeauftragten als Bindeglied zwischen Jung und Alt und freut sich auf die neue Aufgabe.

**Beschlussfassung: Der Ortsrat beschließt einstimmig, Martina Karl als Seniorenbeauftragte für Nunkirchen und Münchweiler zu benennen.**

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Stellungnahme des Ortsrates Nunkirchen zum Entwurf des**

## **Nachtragshaushaltsplanes 2015/2016 der Stadt Wadern**

Frank Hiry führt aus, dass ein Haushalts-Nachtrag immer dann notwendig wird, wenn sich wesentliche Änderungen zum ursprünglich beschlossenen Haushalt ergeben. Für den Doppelhaushalt 2015/2016 ist dies zum zweiten Mal gegeben. Neben notwendigen Anpassungen bezüglich der Hilfen für Asylbewerber und der Berücksichtigung der Tarifsteigerung im Kita-Bereich wurden insbesondere weitere Maßnahmen des Investitionsförderungsgesetzes eingearbeitet. Auch die Kreisumlage hat sich deutlich erhöht, im Vergleich zu 2015 ist eine Erhöhung um 663.000 Euro zu verzeichnen. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gelten durch den Konsolidierungserlass des Ministeriums für Inneres und Sport neue Sanierungsregeln. Demnach muss das strukturelle Defizit der Stadt Wadern jährlich um 10 % reduziert werden. Durch Kostensteigerungen in den vorgenannten Bereichen und unter Berücksichtigung von Einnahmenerhöhungen durch zusätzliche Erträge aus Gewerbe- und Umsatzsteuer und der geplanten Erhöhung der Grundsteuern A und B ergibt sich für 2016 ein voraussichtliches Defizit von rd. 3,1 Mio. € - dies bedeutet eine Erhöhung um 150.000 Euro gegenüber der ursprünglichen Prognose im Doppelhaushalt 2015/2016. Ein Blick auf den Finanzhaushalt und somit auf die geplanten Investitionen zeigt, dass zusätzliche Maßnahmen in Höhe von rd. 1,6 Mio. € realisiert werden können. Dies ist möglich, weil es dem Bürgermeister und seiner Verwaltung gelungen ist, hier Zuschüsse in Höhe von rd. 1,3 Mio. € zu generieren. Die Stadt Wadern wendet somit zusätzlich nur noch 300.000 Euro auf, um 14 zusätzliche Maßnahmen zu stemmen, die überwiegend auch einen wesentlichen energetischen Vorteil bringen und somit kostensenkend in die Zukunft wirken. Aus Nunkircher Sicht finden alle bisher geplanten Maßnahmen weitere Berücksichtigung. Sowohl die Arbeiten zur Sanierung der Ortsdurchfahrt Münchweiler als auch der Sanierung der Klosterstr. können voraussichtlich noch im Mai ausgeschrieben werden. Die Erschließung des Neubaugebietes wird über den Wirtschaftsplan der KEV finanziert und findet sich daher nicht im Doppelhaushalt.

***Der Ortsrat nimmt den 2. Nachtrag zum Doppelhaushalt 2015/2016 der Stadt Wadern zur Kenntnis. Die für Nunkirchen vorgesehenen Investitionsmaßnahmen sollen schnellstmöglich in die Umsetzung gebracht werden.***

## **Tagesordnungspunkt 3**

### **Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der Malteser Jugend auf Vereinsförderung**

Die Malteser Jugend hat für ihre aktiven Jugendlichen Outdoor-Jacken angeschafft, um bei den zahlreichen Aktivitäten, die u. a. auch dem Ort zugute kommen (Picobello-Müllsammelaktion, St. Martin, Aktionen im Seniorenheim ...) und beantragt einen Zuschuss im Rahmen der Vereinsförderung. Der Ortsvorsteher verweist darauf, dass die Jugendfeuerwehr in 2015 einen ähnlichen Antrag gestellt hat. Er schlägt vor, dem MHD einen Zuschuss analog der damaligen Beschlussfassung zu bewilligen – der Zuschuss über 42 Euro pro Jacke führt zu einem Zuschussbetrag von 504 Euro. Auf Rückfrage von Jürgen Kreuder wird vom Antragsteller bestätigt, dass die angeschafften Jacken nicht personalisiert werden und somit auch langfristig für die Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Peter Schneider lobt die Jugendarbeit des MHD und stellt die Frage in den Raum, ob ggf. auch die Hälfte des investierten Betrages – somit rd. 800 Euro als Zuschuss gewährt werden können. Jürgen Kreuder verweist darauf, dass die Entscheidungen auch mit Blick auf die Zukunft fair und vergleichbar bleiben sollten. Auch Frank Hiry verweist darauf, dass man mit weitergehenden Zuschusszusagen Folgediskussionen auslösen kann und in der Folge weitere Anträge mit der Begründung der Gleichbehandlung an den Ortsrat gerichtet werden könnten. Darüber hinaus haben sowohl Feuerwehr wie Malteser Hilfsdienst von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, im Rahmen von Kirmes und Christmarkt zusätzliche Einnahmen zu generieren – in beiden Fällen werden von Ortsseite ideale Rahmenbedingungen geliefert, um für die teilnehmenden Vereine zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu erschließen. Auch dies ist eine Art der Vereinsförderung. Die

Abstimmung erfolgte über einen Zuschuss in Höhe von 504,-- Euro zu Gunsten der Malteser Jugend Nunkirchen.

***Beschlussfassung: Der Ortsrat bewilligt einen Zuschuss in Höhe von 504 Euro zu Lasten des Ortsratsbudget an die MHD-Jugend – der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung so beschlossen.***

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### **Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag des Obst- und Gartenbauvereines zur Errichtung eines Achteck-Pavillons**

Der Obst- und Gartenbauverein will auf seinem von der Stadt gepachteten Vereinsgelände am Sportplatz einen Achteck-Pavillon errichten. Die Pläne liegen den Ortsratsmitgliedern vor. Von Seiten der Bauabteilung der Stadt Wadern, Herrn Regert, gibt es keine Bedenken bezüglich der Umsetzung. Frank Hiry weist darauf hin, dass der Standort so gewählt sein sollte, dass durch möglichen Funkenflug keine Brandgefahr entsteht und keine Kabel beschädigt werden. Georg Meyer, der die Idee grundsätzlich für gut befindet, wiederholt die Bedenken bezüglich der Brandgefahr. Er regt an, dass die Bewohner des Altenheims die Anlage nutzen können. Herr Kaiser, der sich als Vertreter des Obst- und Gartenbauvereines auch für die Planung des Pavillons verantwortlich zeichnet, verweist darauf, dass die Zuwegung zum Pavillon derzeit für die Nutzer von Rollatoren nicht geeignet ist – ggf. kann man bei entsprechendem Zuspruch über eine bessere Zuwegung nachdenken, ggf. auch mit Unterstützung des Ortsrates. Die Örtlichkeit für den Pavillon wurde so gewählt, dass die Einsicht von außen durch die Hecken erschwert wird und somit möglichem Vandalismus ein Stück weit vorgebaut wird. Auch Peter Schneider begrüßt die geplante Maßnahme und hofft, dass das Gelände von Vandalismus verschont bleibt.

***Einstimmige Beschlussfassung: Der Ortsrat stimmt der Errichtung des Pavillons zu.***

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### **Stellungnahme des Ortsrates Nunkirchen zum Entwurf des Bundesverkehrsweegeplanes 2030**

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat am 16. März 2016 den Entwurf des Bundesverkehrsweegeplans 2030 vorgelegt. Im Entwurf findet sich unter anderem eine Planung für eine mögliche Ortsumfahrung von Nunkirchen. Den Bürgerinnen und Bürgern wird im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 10. Mai die Gelegenheit gegeben, sich umfassend über den aktuellen Stand des Verfahrens und die weiteren Schritte zu informieren und Stellung zu beziehen. Zu dem Entwurf besteht die Möglichkeit, von Seiten des Ortsrates eine Stellungnahme abzugeben, die am 28.04. dann auch im Stadtrat beraten wird. Inzwischen liegt ein Entwurf für diese Stellungnahme von Seiten der Verwaltung vor. Frank Hiry verliest die Stellungnahme und schlägt vor, diese inhaltlich als Stellungnahme des Ortsrates zu übernehmen:

***Einstimmige Beschlussfassung: Der Ortsrat schließt sich der von der Verwaltung erstellten Stellungnahme zum Entwurf des Bundesverkehrsweegeplanes an. Die Stellungnahme wird am Ende des Protokolls als Anhang zu Top 5 dargestellt.***

#### **Tagesordnungspunkt 6**

##### **Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion im Ortsrat auf Ergänzung der Straßenbeleuchtung in der Straße 'Am Galgenberg'**

Georg Meyer hat festgestellt, dass der besagte Straßenabschnitt nicht ausreichend beleuchtet ist und aus Sicht der SPD die Errichtung entsprechenden Leuchten erforderlich

ist und somit eine Verbindung zum Neubaugebiet erfolgt. Der Ortsvorsteher erklärt, dass die Notwendigkeit auch von der Verwaltung festgestellt wurde, nach deren Erkenntnis sind zwei Leuchtpunkte auf der Strecke erforderlich, die notwendigen Maßnahmen wurden bereits in Gang gesetzt – eine gesonderte Beschlussfassung durch den Ortsrat ist nicht mehr erforderlich.

### ***Tagesordnungspunkt 7***

#### **Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion im Ortsrat zum Standortkonzept der Grundschule Nunkirchen**

Georg Meyer erläutert für den Antragsteller, dass nach seiner Ansicht die Räumlichkeiten der Grundschule Nunkirchen sehr beengt sind, dies gilt auch die Räumlichkeiten der freiwilligen Ganztagschule. Die SPD hat sich die Frage gestellt, warum hier nicht die Räumlichkeiten des leerstehenden Gebäudes in der Weiskircher Straße (ehem. CEB-Gebäude) genutzt werden. Der Kreis könnte das Gebäude zur Verfügung stellen, auch die Lage der jetzigen Grundschule an der B 268 ist nach seiner Meinung nicht optimal. Daher sollte man Ausweichmöglichkeiten prüfen – auch für den Standort Bardenbach. Auf Anfrage des Ortsvorstehers stellt sich heraus, dass die SPD zu dieser Thematik bisher weder mit der Leiterin der Grundschule noch mit der zuständigen Fachfrau in der Verwaltung gesprochen hat. Er gibt daher den Fachleuten in der Ortsratssitzung die Möglichkeit, ihre Meinung zum Antrag der SPD zu äußern. Er äußert seine Verwunderung über den Antrag, da dem ersten Vorsitzenden der SPD, Herrn Gruber, frühzeitig eine ausführliche Erläuterung des Bürgermeisters zugegangen ist, aus der herauszulesen ist, dass die Verwaltung die Nutzung des besagten Gebäudes bereits intensiv geprüft hat. In dieser Erläuterung ist auch intensiv beschrieben, warum die Nutzung dieses Gebäudes für den Grundschulstandort Nunkirchen gänzlich ungeeignet ist. Dennoch sollen Frau Schmidt als Leiterin der Grundschule und Frau Dewald als zuständige Fachkraft der Verwaltung die Gelegenheit haben, ihre Standpunkte zu erläutern: Frau Schmidt führt aus, dass derzeit die beiden ersten Klassen in Bardenbach unterrichtet werden. Die Auslagerung hat auch Vorteile, da die täglichen Abläufe so besser strukturiert werden können. Grundsätzlich wäre ein Standort natürlich besser, weil die räumliche Situation beengt ist – gleiches gilt für den Bereich der Ganztagsbetreuung, wobei hier auch die Turnhalle und das Schulhofgelände mit eingebunden werden kann. Frau Schmidt sieht den alternativen Standort in der Weiskircher Straße allerdings sehr kritisch. Neben den nicht ausreichenden räumlichen Möglichkeiten und dem nicht ausreichenden Außengelände ist auch die Nähe zum BBZ eher kritisch zu betrachten. Frank Hiry bestätigt, dass es schon jetzt im Umfeld des BBZ's zu Beschwerden kommt, weil die Schüler in den Pausen außerhalb des Geländes rauchen, es gibt auch Probleme mit den Abfällen, die von den Schülern zurückgelassen werden. Auch Jürgen Kreuder sieht dies kritisch. Petra Dewald führt für die Verwaltung aus, dass seit 2005 die Dependence Bardenbach mit zwei Klassen vom Ministerium genehmigt ist, die Auslagerung an einen dritten Standort in der Weiskircher Str. sei nicht genehmigungsfähig. Das Gebäude in der Weiskircher Str. weist zwar Räume in gutem baulichen Zustand vor, allerdings ist die Zahl der Räume nicht ausreichend, um den kompletten Grundschulstandort hierhin zu verlagern. Auch die Kosten für die notwendigen Umbauarbeiten (Schulhof, Umzäunung und insbesondere Brandschutzmaßnahmen) sind nicht zu bewältigen. Die dann entstehende Entfernung zur Schulturnhalle ist ebenfalls kritisch zu bewerten. Frank Hiry weist darauf hin, dass es Bestrebungen von Seiten der Stadt Wadern gab, in der Saarbrücker Straße Nachbargebäude zu kaufen, um den Standort dort aufzuwerten und die räumliche Situation zu optimieren. Allerdings seien bisher keine geeigneten Objekte gefunden worden. Bürgermeister Jochen Kuttler führt aus, dass der Leerstand des ehemaligen CEB-Gebäudes nicht zufriedenstellend ist und dass die Stadt Wadern bestrebt ist, den Kreis intensiv zu unterstützen, wenn es darum geht, einen Käufer zu finden. Frau Schmidt und Frau Dewald machen noch einmal deutlich, dass das Gebäude für die Grundschule definitiv keine Alternative darstellt. Auch Frank Hiry weist noch einmal deutlich darauf hin, dass alle Fakten gegen die Nutzung durch die Grundschule sprechen: Die Nähe zum BBZ, der nicht

ausreichende Schulhof, die Notwendigkeit, mit dem Bus zum Sportunterricht in die Turnhalle zu fahren, die massiven Kosten insbesondere für notwendige und vorgeschriebene Brandschutzmaßnahmen. Das Stadtratsmitglied Siegfried Gruber fragt an, ob die Kosten schon detailliert berechnet wurden. Petra Dewald führt aus, dass die Verwaltung schon bei der Prüfung der Kosten für Toiletten und Brandschutz eine Summe von rd. 600.000 Euro ermittelt hat, die Kosten für zusätzliche Räume, die Gewährleistung von Barrierefreiheit und den Ausbau für die Ganztagsbetreuung wurden nicht mehr ermittelt, weil das Gebäude schlichtweg zu klein ist und die Sporthalle am Standort fehlt. Frank Hiry führt aus, dass alle Argumente eine deutliche Sprache sprechen und das Ansinnen der SPD, das Gebäude in der Weiskircher Str. in das Standortkonzept der Grundschule einzubeziehen, nicht aufrechterhalten werden kann. Auf eine Abstimmung wird verzichtet. Es soll weiterhin versucht werden, am jetzigen Standort in der Saarbrücker Straße Möglichkeiten zu finden, die räumliche Situation sinnvoll zu entlasten. Er lobt die Verwaltung, in Person Frau Dewald, für das bisher schon aktive und konstruktive Vorgehen.

## **Tagesordnungspunkt 8**

### **Informationen des Ortsvorstehers**

Frank Hiry informiert über die Termine in den nächsten Wochen:

Am 30.04. - 15 Uhr - Setzen Jahrgangsbäume auf dem Dorfplatz und ab 17.30 Uhr Setzen Maibaum, anschl. Music-Boxx im und am Saalbau

Am 10.05. - 19 Uhr: Informationsveranstaltung zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030 und der möglichen Ortsumfahrung Nunkirchen im Saalbau

Am Dienstag, 31.05. - 15 Uhr: Veranstaltung für Seniorinnen und Senioren – der ehem. stv. Leiter der Polizei Wadern, Herr Herber informiert aus den Themen der Verkehrs- und Kriminalprävention (Enkel-Trick, Autofahren, Sicherheit rund ums Haus ...) im Saalbau

## **Tagesordnungspunkt 9**

### **Fragen der Bürgerinnen und Bürger**

Peter Schneider merkt an, dass es eine Gefahrenstelle nach der Fällung eines Baumes in der Straße 'Im Wiesental' gibt. Der Ortsvorsteher bedankt sich für den Hinweis und sagt eine schnelle Lösung über den Baubetriebshof zu.

## **Anhang zu Top 5: Stellungnahme des Orsrates Nunkirchen zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030:**

Der Ortsrat Nunkirchen gibt zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 folgende Stellungnahme zur Beratung im Stadtrat und zur Weiterleitung an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur ab.

Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur hat die „Bekanntmachung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Erstellung des Bundesverkehrswegeplan 2030 vom 08.03.2016“ am 14.03.2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Es wird die Möglichkeit eröffnet, sich zu den Inhalten des Referentenentwurfs des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BWVP 2030) in der Zeit vom 21.03.2016 bis zum 02.05.2016 zu äußern.

Davon sollte die Stadt Wadern mit der folgenden Stellungnahme Gebrauch machen:

Im vorliegenden Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 ist das Projekt Ortsumgehung Nunkirchen von erheblicher Bedeutung für die Stadt Wadern. Für die Realisierung der 5,7 Kilometer Ausbaustrecke, die den Stadtteil komplett umgehen würde, sind 28,7 Millionen Euro veranschlagt. Die OU Nunkirchen wird als vordringlicher Bedarf eingestuft.

Die Stadt Wadern begrüßt, dass die Notwendigkeit einer verkehrlichen Entlastung des Stadtteils

Nunkirchen Eingang in den Entwurf des BWVP 2030 gefunden hat.

Eine Komplettumfahrung des Ortes, insbesondere die Ost-Umfahrung („Verbindung“ Michelbach-Überlosheim) wurde vom Ortsrat Nunkirchen 2008 nach eingehender Diskussion allerdings abgelehnt. Der einstimmig gefasste Beschluss im Wortlaut:

1. Der Ortsrat Nunkirchen spricht sich für eine Nordumgehung Nunkirchens aus. Diese soll in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. Die zuständigen Gremien sind aufgefordert, die entsprechenden Schritte einzuleiten und aktiv voranzutreiben.
2. Über ein sachverständiges Büro soll eine Konzeption erstellt werden, die sowohl den Infrastrukturbelangen des Ortes als auch den berechtigten Interessen der Anwohner der weiterhin belasteten Straßen gerecht wird und für diese Straßenzüge Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ins Auge fasst. Dabei geht es auch darum, den Gewerbetreibenden im Rahmen einer Erweiterung des Gewerbegebietes "Im Schachen" auf lange Frist hin gesehen eine Möglichkeit der Weiterentwicklung und Umorientierung zu geben.
3. Über eine Machbarkeitsstudie soll die bisher grobschätzig Kosten-Nutzen-Analyse verfeinert werden. Außerdem sollen die rechtlichen Belange sowie die umweltpolitischen Maßnahmen, die die Realisierung einer Umgehungsstraße nach sich ziehen wird, ermittelt werden.
4. Die Stadt Wadern soll langfristig die für eine Trasse der Nordumgehung unabdingbaren Grundstücke erwerben.
5. Die Tatsache, dass eine Nordumgehung Nunkirchen das bisherige Windkraftvorranggebiet tangiert, muss bei den weiteren Planungen in dieser Thematik berücksichtigt werden.

Diese Argumentation machte sich der Ausschuss für Grundstücke, Planung, Umwelt und Werksangelegenheiten des Stadtrats der Stadt Wadern in seiner Sitzung vom 03.11.2008 zu eigen. Der Ausschuss beschloss, die Nordumgehung Nunkirchen („Verbindung“ L148-B268) zur Aufnahme in den BVWP 2030 zu melden, was dem zuständigen Ministerium im Saarland mit Schreiben vom 03.03.2009 (Erinnerung 31.03.2010) mitgeteilt wurde.

Zu diesem Beschluss kam es aufgrund von Protesten in Nunkirchen über die dramatisch steigende Verkehrsbelastung. Gleichzeitig verfolgte die saarländische Landesregierung die Absicht, die B268

entlang des Geländes des Unternehmens Homanit im Ortsteil Niederlosheim der Gemeinde Losheim am See zu verlegen. In Reaktion darauf wurde vom saarländischen Wirtschaftsministerium eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Diese wurde am 14.12.2005 im Rahmen einer informellen Unterredung zwischen Vertretern des Landesbetriebs für Straßenbau, dem Wirtschaftsministerium und der Stadt Wadern vorgestellt. Die seinerzeitigen Darlegungen machten deutlich, dass eine Westumgehung („Verbindung“ Michelbach-Niederlosheim) aus Umweltgründen nicht zu realisieren sei. Auch die Möglichkeit einer Ostumgehung wurde damals sowohl aus Umweltgründen, aber auch aus Gründen der wirtschaftlichen Vertretbarkeit verneint. Sie waren damit auch nicht mehr Gegenstand einer tiefergehenden Analyse im Rahmen des informellen Austauschs.

Mit dem Wissen um diesen Ausschluss von fachlicher Seite wurde die Thematik am 28.05.2008 in einer öffentlichen Sitzung des Ortsrates Nunkirchen behandelt. Eine Westumgehung kam in der Diskussion aufgrund der oben angeführten Position des Landesbetriebs für Straßenbau und des zuständigen Ministeriums erst gar nicht zur Sprache. Die Ostumfahrung wurde in der Sitzung diskutiert und einstimmig abgelehnt. Abgesehen von der Frage der Verhältnismäßigkeit einer solchen Maßnahme wurde ihr Nutzen als solches in Frage gestellt, weil der jetzt vor den Häusern in der Saarbrücker Straße passierende Durchgangsverkehr dann zwangsläufig auf den rückwärtigen Teil der gleichen Anwesen verlagert würde. Zum anderen gab es erhebliche Bedenken in Bezug auf die umweltpolitische Vertretbarkeit, weil die seinerzeit vorgestellte Grobplanung einer möglichen Trasse massivste Eingriffe in das bestehende Landschaftsbild nach sich zögen. Nachhaltige Bedenken wurden vom Ortsrat auch dahingehend geäußert, dass eine Komplettumfahrung des Stadtteils die bestehende Infrastruktur innerorts nicht nur gefährden

könnte, sondern unabdingbar zu einem kompletten Verlust der Ausstattung des Ortes führen muss.

Mit der Vorstellung des Entwurfs des Bundesverkehrswegeplans am 16.03.2016 steht nun trotz der seinerzeit ablehnenden Haltung von Ortsrat und Ausschuss eine mögliche Komplettumfahrung von Nunkirchen im Raum – also die Kombination von Nord- und Ostumfahrung.

Die Stadt Wadern bemängelt hier, dass die ausführliche **Nutzen-Kosten-Analyse**, die dem Bundesverkehrswegeplan zugrunde liegt, **keinerlei Aussagen über die wirtschaftlichen Folgen** einer Umgehung trifft. Eine Komplettumgehung des Ortes könnte die Existenz der dort ansässigen Geschäfte und Dienstleister gefährden. Die Analyse der wirtschaftlichen Folgen einer Kombination aus Ost- und Westumfahrung halten wir demnach für zwingend erforderlich. Diese Forderung war auch Gegenstand des Beschlusses von Ortsrat und Ausschuss im Jahr 2008.

Der Komplex der **Alternativenprüfung** sollte ebenfalls intensiv erörtert werden. Sie fehlt in der Gesamtkonzeption völlig. So wird eine 2005 diskutierte und auch vorgestellte, allerdings (wie die Ost- Umgehung) direkt wieder verworfene West-Umgehung gar nicht erst thematisiert. Auch eine Alternativstecke für den Schwerlastverkehr (Verbindung L148 zur L133), also eine Verlängerung der im BWVP 2030 abgebildeten Nord-Umgehung von Niederlosheim kommend in Richtung Limbach, ist nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen, obwohl sie seinerzeit zumindest im Ansatz diskutiert worden ist. Ohne eine der Varianten in ihrem Realisierungspotenzial zu beurteilen, ist für uns eine Analyse aller Möglichkeiten einer Verkehrsentlastung unabdingbar. Dazu gehören auch bauliche Maßnahmen innerorts, seien sie nun komplementär oder eine Ortsumgehung ersetzend.

Im Umweltbericht wird die **Betroffenheit der Umwelt** bei einer Realisierung der Komplettumfahrung als „hoch“ (9,0) eingestuft – gerade in Bezug auf die Auswirkungen auf unzerschnittene Funktionsräume (Groß- und Kernräume). Hier fordert die Stadt Wadern eine wesentlich detailliertere Darstellung der Umweltauswirkungen. Diese hätte bereits im Detail in den Umweltbericht einfließen müssen, da sie zum einen von entscheidender Bedeutung für die Akzeptanz des Projekts Ortsumgehung ist und zum anderen nicht erst in einem späteren Planverfahren erörtert werden sollte.

*Die Stadt Wadern begrüßt in Berücksichtigung der oben angeführten Punkte vom Grundsatz her die Aufnahme der Ortsumgehung Nunkirchen in den Bundesverkehrswegeplan 2030. Sie fordert aber eine in Gänze ergebnisoffene Diskussion, die sowohl die Chancen als auch die Risiken einer wie auch immer ausgestalteten Ortsumgehung eindeutig aufzeigt und diskutabel macht. Die ergebnisoffene Diskussion muss die Komplettumgehung, die Realisierung von Teilumgehungen als auch alternative Streckenführungen umfassen. Auch Alternativlösungen, die eine Umfahrung eventuell obsolet machen, müssen intensiv geprüft werden. Wir bitten um eine Nutzen-Kosten-Analyse, die auch die wirtschaftlichen Folgen für die Gesamtstadt sowie die Auswirkungen auf die Infrastruktur des Stadtteils Nunkirchens klar zum Ausdruck bringt. Die Stadt Wadern mahnt eine umfassende Alternativenprüfung ebenso an wie eine detaillierte Darstellung der Umweltauswirkungen jedweder Trassenführung einer Ortsumgehung.*

Der Ortsvorsteher beendet die Sitzung um 20.55 Uhr.

Nunkirchen, 27.04.2016

Der Ortsvorsteher

Die Schriftführerin